

Schweiz

Ständerat verlangt mehr IT-Sicherheit

Eine breite Allianz will den Bundesrat dazu verknüpfen, die verzettelte Cyberabwehr des Bundes departementsübergreifend zusammenzufassen.

Christoph Lenz

Der Ständerat ist ein Organ mit ausgesprochenem Temperament. Er neigt nicht zu unüberlegten Entscheidungen und trägt auch deshalb den Übernamen «chambre de réflexion». Gestern aber riss vielen Ständeräten der Gedächtnisfaden: Sie verknüpften den Bundesrat dazu, in der Verwaltung ein Kompetenzzentrum für Cybersicherheit zu schaffen. Es soll departmentenübergreifend die Abwehr von Cyberangriffen sicherstellen und eng mit der Wissenschaft, der Wirtschaft und Infrastrukturbetreibern zusammenarbeiten. Mit 41 zu 4 Stimmen fiel das Ergebnis im Erstrudel überraschend aus.

Im Grunde genommen ist das auch nicht weiter erstaunlich. Zumal der Bundesrat die Öffentlichkeit erst am letzten Freitag informierte, dass IT-Spezialisten des Bundes im Juli gravierende Cyberangriffe auf Server des Verteidigungsdepartements (VBS) und des Departements des Ausseren (EDA) festgestellt und gestoppt hatten. Die Angriffe liegen sich ein in eine schier endlose Reihe von schweren IT-Zwischenfällen beim Bund. Bislangiger Höhepunkt war der umfangreiche Datenskandal bei der bundeseigenen Rüstungsschmiede Ruag, der vor 15 Monaten bekannt wurde.

Finanzminister Ueli Maurer (SVP) rückte gestern im Ständerat dann auch ein: «Es gehört zu unserem Alltag, dass wir irgendwo gehackt werden. Unsere Systeme werden laufend angegriffen.» Gemessen an dieser Bedrohungssituation passiere aber relativ wenig. Das sei immerhin ein Indiz, dass die Cyberexperten des Bundes heute keinen so schlechten Job machen, so Maurer. Für den SVP-Magistraten genügt die bereits existierende Melde- und Analysestelle für Informationsicherung (MeAni) als Kompetenzzentrum für Sicherheit im digitalen Raum.

Bund hat Mangel an Spezialisten

Die Ständeräte sehen dies anders. Zwar gebe es beim Bund viele gute Ansätze für die Cybersicherheit, doch das reiche nicht, wenn man die grosse kriminelle Energie der Angreifer bedenke, erklärte Joachim Eder (FDP, LU). Der Autor des Vorstosses für das Cyber-Security-Kompetenzzentrum kritisierte namentlich, dass der Bund zu viele Kommissare und zu wenige Spezialisten beschäftige. Die Meldestelle MeAni wiederum habe einen zu engen Fokus. Die Aktivitäten der Bundesverwaltung müssten koordiniert und die Kräfte gebündelt werden, so Eder. «Ein übergeordnetes, mit Weisungsbefugnis ausgestattetes Kompetenzzentrum, in das alle Departemente einbezogen sind, bietet dafür Gewähr.»

Auch andere Sprecher äusserten den Eindruck, dass im Cyberbereich beim Bund ein Söldenken herrsche und es an



Wehet sich vergebens: Bundesrat Ueli Maurer gestern im Ständerat. Foto: Keynote

«Es gehört zu unserem Alltag, dass wir irgendwo gehackt werden. Unsere Systeme werden laufend angegriffen.»

Finanzminister Ueli Maurer

ber-Security-Spezialisten. VBS-Chef Guy Parmelin will bis 2020 zusätzliche 100 Cyberkrieger einstellen. Geht es nach Anita Fetz (SP, BS), so soll das Kompetenzzentrum auch vom VBS getragen werden. «Ich kann mir auf keinen Fall vorstellen, dass ein solches Zentrum über die Bildungsangaben finanziert wird», so Fetz. Schliesslich müsse man von Investitionen von mehreren Hunderten Millionen Franken ausgehen.

An den beiden führenden Hochschulen der Schweiz, der ETH und ihrem Westschweizer Pendant EPFL, ist das Interesse für eine vertiefte Cyberzusammenarbeit aber vorhanden. Lino Guzzella, Präsident der ETH Zürich, erklärte auf Anfrage: «Die Cyber-Security zählt zu unseren strategischen Schwerpunkten für die kommenden Jahre.» Schon heute würde die ETH mehrere Dutzend Millionen Franken pro Jahr investieren. Dieser Bereich werde in Zukunft aber noch weiter ausgebaut. «Wir sind gerne bereit, den Bund dabei zu unterstützen, seine Ideen zu verwirklichen.» Mit der Militärakademie existiert bereits eine gute Zusammenarbeit. Es wäre interessant, diese nun auch auf den Bereich Cyber-Security zu übertragen.

Die Motion für ein Cyber-Security-Kompetenzzentrum kommt nun in den Nationalrat.

Hunderte Millionen Franken

Unklar bleibt vorläufig, wo das Kompetenzzentrum angesiedelt werden soll, wie viele Stellen geschaffen werden und wer dafür aufkommen wird. Bereits heute beschäftigt der Bund rund 50 Cy-

Ein Zivildienstler bringt der Armee das Sparen bei

Tausende Zivildienstleistende erhalten jedes Jahr Kampfstiefel, die sie nicht brauchen. Ein 19-Jähriger gelangt deshalb an den Bund.

Michael Seukop

«Mein Name ist Serafin Reiber, ich bin 19 Jahre alt.» So fängt der Brief vom 7. September an den «geschätzten Herrn Bundesrat Parmelin» und «geschätzten Ammeeschef Reibord» an. Er schreibe Ihnen, weil er sie auf eine beachtliche Vergaudung von Ressourcen und Geld in der Logistik der Schweizer Armee aufmerksam machen wolle. Der junge Churer leistet derzeit Zivildienst auf einem Bauernhof im Berner Jura und ist irritiert, dass er trotzdem mit teurem und unnötigem Armeematerial ausgestattet werde.

«Am zweiten Tag der Rekrutierung in Melis bekam ich ein Paar Kampfstiefel. Das verwunderte mich, legte ich doch von Anfang an offen, Zivildienst leisten zu wollen.» Als er fragte, wo er die Stiefel denn zurückgeben könnte, habe er eine ernsthaften Antwort erhalten: Die Rückgabe der Stiefel versueche einen zu grossen administrativen Aufwand. Sein Vorschlag, die Stiefel per Post nach Hinwil ins Logistikzentrum zu schicken, sei belächelt worden. «Ich sollte die Stiefel behalten.»

2015 entschieden sich 5836 Personen für den Zivildienst, letztes Jahr waren es bereits 6409. Bevor aber jemand aus Gewissensgründen den länger dauernden Zivildienst leisten kann, muss er die dreijährige Ausbildung absolvieren. Erst nachdem er als militärdiensttauglich befunden worden ist, kann er ein entsprechendes Gesuch um Zulassung zum Zivildienst stellen. Meist wird die Diensttauglichkeit am zweiten Tag festgestellt, und dann werden die Kampfstiefel 90 ausgehändigt, damit sich die künftigen Rekruten an sie gewöhnen können, bevor sie in der RS lange Marsche damit unternehmen.

«Mit Erstaunen nahm ich die augenscheinlich hochwertigen Kampfstiefel 90 nach Hause, unsicher darüber, welchen Nutzen sie beim Zivildienst in Altersheimen

oder Krankenhäusern haben sollten», heisst es in Reibers Brief weiter.

Zivi Reiber hat diese «Verschwendungs» hochgerechnet. Ein Paar Kampfstiefel kostet je nach Größe zwischen 90 bis 110 Franken. Gesetzt den Fall, dass es allen Zivildienstleistenden gleich erginge und sie den Kampfstiefel 90 geschenkt bekämen, koste allein dieses «Geschenk» das VBS jährlich 641960 Franken.

Stiefel auf Online-Marktplätzen

Doch damit nicht genug. Anfang September erhielt Reiber wieder ein «Geschenk». Diesmal war es ein Paket von den Rüstungsbetrieben des Bundes, der Ruag, Inhalt: eine Maskenbrille, inklusive «Clip zur Schutzhülle leicht 14». Eine Woche später schickte die Ruag eine «Schutzmaske 90». Anschaffungspreis der beiden Ausrüstungsgegenstände: über 300 Franken.

Im Februar berichtete die «Argauer Zeitung», dass im Internet fabrikneue Armeestiefel schon ab 60 Franken angeboten würden. Das Blatt vermutete, dass es sich dabei um Schuhe von Zivilen handle. Die Möglichkeit, die Schuhe per Post am VBS zurückzusenden oder zu einer der 24 Betriebserstellungen der Schweizer Armee zu bringen, ist offenbar nicht allgemein bekannt - oder es wird darauf verzichtet.

Auf Anfrage des «Bund» erklärt nun das VBS, dass «zwischen» die Armeeführung entschieden habe, die bisherige Praxis zu ändern: «Ab Ende 2018 werden an der Rekrutierung keine Kampfstiefel mehr abgegeben. Für die Übergangszeit im Jahr 2018 abgegebene Kampfstiefel 90 werden bei einem Übergang in den Zivildienst eingesetzt.»

Dies hat das VBS am 18. September auch Serafin Reiber per E-Mail mitgeteilt. Generell werde man die Abgabe und den Rückzug von persönlichem Material restriktiver handhaben, um Steuerzahler einzusparen. Der Hinweis betreffend des Versands der Schuhe und der Maske werde der Ruag weitergeleitet. Die Armeeleitung habe den Entscheid «diesen Sommer» gefällt. Da noch immer Sommer ist, ist es durchaus denkbar, dass Serafin Reiber mit seinem Brief der Armee auf die Sprünge half.

«Geburtsfehler» Rasa-Initiative

Der Nationalrat sagt Nein zu Volksbegehren und Gegenvorschlag.

Auf die Rasa-Initiative hat kaum jemand gewartet: Die Initiative «Raus aus der Sackgasse» will den Zuwanderungsartikel, der am 9. Februar 2014 vom Volk angenommen wurde, aus der Bundesverfassung streichen. Am Dienstag befasste sich der Nationalrat mit dem Volksbegehren und lehnte es nach fünfstündigem Debatte mit 125 zu 17 Stimmen bei 50 Enthaltungen ab. Balthasar Glättli (Grüne, ZH) sprach von einem «Geburtsfehler»: Die Initiative sei ein Sicherheitsnetz gewesen, falls die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) die Bilateralen gefährdet hätte. Sie wurde inzwischen so umgesetzt, dass sie die Personenfreiheit nicht verletzt.

Das Ziel der Initiative sei erreicht, sagte FDP-Sprecher Matthias Jauslin. Die Schweiz sei bereits aus der Sackgasse raus, stellte auch Marco Romano (CVP) fest. SP-Sprecherin Nadine Masshardt (BE) warnte davor, dass eine Ablehnung an der Urne zu grosser Rechtsunsicherheit führen würde. Ein Nein zur Rasa-Initiative wäre schwierig zu interpretieren.

Die Vertreter der SVP-Faktion verbargen ihre Verbitterung nicht. Das Anliegen der Initiative, demokratisch gefällte Entscheide nicht umzusetzen, sei längst erfüllt, sagte Thomas Matter (ZH).

Weitere Initiativen pendeln

Gescheitert sind im Rat auch verschiedene Versuche, Anliegen in einem direkten Gegenvorschlag unterzubringen. Die von Mitte-links geprägte Variante verlangte, die Zuwanderung im Rahmen der völkerrechtlichen Verpflichtungen und im gesamtwirtschaftlichen Interesse der Schweiz zu steuern. Die SVP wollte mit einem Gegenvorschlag die Pflicht zur Kündigung der Personenfreiheit in die Verfassung schreiben. Die Initiative geht nun an den Ständerat. Das Parlament muss bis April 2018 eine Abstimmungsempfehlung beschliessen.

Der Bundesrat arbeitet derweil an der Verordnung zur Umsetzung der MEI. Daneben stehen Initiativen zur Kündigung der Personenfreiheit im Raum. Jene von SVP und Auns komme bald, verkündete Auns-Präsident Lukas Reimann. Justizministerin Simonetta Sommaruga ermahnte ihn, eine klare Formulierung zu wählen. Dann könnten sich die Bürger auch klar dazu äussern. (bin)

Kurz

Kassen zahlen Hepatitis-C-Therapie
Für Hepatitis-C-Patienten kommt es zu neuen Erleichterungen: Künftig kommt die Grundversicherung für die Behandlung aller Versicherten auf, die an einer chronischen Hepatitis C leiden - unabhängig von Virustyp und Krankheitsstadium. Dies entscheidet das Bundesamt für Gesundheit, nachdem es den Preis für zwei weitere, neue und teure Medikamente gegen die Lebererkrankung senken kann. Die Ausweitung der Ver-

gütung erfolgt per 1. Oktober 2017, wie das Bundesamt mitteilte. (adk)

Niederlage für Kindergartenkrisen
Zürcher Kindergartenkrisen verdienen deutlich weniger als Primarschülerinnen mit derselben Ausbildung. Deswegen wehrten sich verschiedene Verbände bis vor das Bundesgericht. Die höchsten Richter sehen in dieser Praxis aber keine Diskriminierung: Sie lehnten die Beschwerde gestern mit 3 zu 2 Stimmen ab. (iac)

«Mit der Rentenreform sorgen wir für solide AHV-Finanzen und sichern die Renten von Alt und Jung.»

Die Rentnerorganisationen Pro Senectute, Seniorenrat und VASOS, alle nationalen Arbeitnehmer-Organisationen, alle nationalen Frauenorganisationen, die Parteien BDP, CVP, EVP, gfp, Grüne, Junge Grüne, JCVP und SP, die Westschweizer Arbeitgeberverbände, der Städteverband sowie Bundesrat und Parlament empfehlen deshalb:

2x JA zur Rentenreform am 24. September

www.sichere-renten-ja.ch